

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

18. WP - 52. Sitzung

am Mittwoch, dem 27. Januar 2016, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Lehnert (CDU)

Vorsitzender

Astrid Damerow (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Birte Pauls (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Lars Winter (SPD)

i. V. von Jürgen Weber (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Beer (PIRATEN)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Uli König (PIRATEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. EUDISYS - Verfahrensstand	6
2. a) Passkontrollen an der deutsch-dänischen Grenze	8
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3678	
b) Offene Grenzen und Reisefreiheit in Europa statt Ausweiskontrollen und Verkehrschaos	
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/3682 (neu)	
c) Keine Ausweitung von Grenzkontrollen an den europäischen Binnengrenzen	
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3683	
Nur die Kontrolle der Außengrenzen Europas ermöglicht den Verzicht auf Grenzkontrollen an den europäischen Binnengrenzen	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3692	
(überwiesen am 18. Dezember 2015 an den Europaausschuss und an den Innen- und Rechtsausschuss)	
3. Grenzübergreifende kulturelle Teilhabe: Minderheiten schützen, Geoblocking im öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen	12
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/2948	
(überwiesen am 20. Mai 2015 an den Europaausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)	
hierzu: Umdrucke 18/4667 , 18/4750 , 18/4759	

4. Bericht über die Schleswig-Holstein-Büros und Hanse-Offices im Ostseeraum: Bisherige Tätigkeit (2013 - 2015) und weitere Planung (bis 2018) 14

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/3684](#)

5. Bericht der Landesregierung zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2016 15

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/3721](#)

6. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen 17

Einladung zur 116. Plenartagung des Ausschusses der Regionen

[Umdruck 18/5473](#)

7. Bundesratsangelegenheiten 18

[Umdrucke 18/5323, 18/5365, 18/5366](#)

8. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität 19

Hier: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2008/98/EG über Abfälle (KOM(2015) 595 endg.)

Antrag der Abg. Astrid Damerow (CDU)

hierzu: [Umdruck 18/5463](#), Frühwarndokument 18/202, Frühwarndokument 18/205, [Umdruck 18/5470](#)

9. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität 20

Hier: Paket der Europäischen Union zu den Außengrenzen

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004, der Verordnung (EG) Nr. 863/2007 und der Entscheidung 2005/267/EG des Rates; COM (2015) 671 final, Anhang, [Umdruck 18/5477](#)

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 562/2006 hinsichtlich eines verstärkten Abgleichs mit einschlägigen Datenbanken an den Außengrenzen; COM (2015) 670 final, [Umdruck 18/5480](#)

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1406/2002 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs; COM (2015) 667 final, [Umdruck 18/5478](#)

Proposal for a REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL on a European travel document for the return of illegally staying third-country nationals, COM (2015) 668 final, Annex, [Umdruck 18/5479](#)

Antrag der Abg. Jette Waldinger-Thiering

10. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität 22

[Umdruck 18/5464](#) (neu)

11. Verschiedenes 23

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

EUDISYS - Verfahrensstand

Herr Dr. Schliesky, Direktor des Landtags, weist einleitend auf die Geschichte des Informationssystems EUDISYS hin. Der Europaausschuss habe bereits 2014 angeregt, über eine Änderung des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union nachzudenken, um den Anliegen des Landtags Rechnung zu tragen. Nach dieser Ausschussbefassung habe er selbst das Thema wieder in die Landtagsdirektorenkonferenz im September 2014 eingebracht. Dort sei man auf seinen Vorschlag hin übereingekommen, der Landtagspräsidentenkonferenz vorzuschlagen, die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten in der Sache anzuschreiben. Ein entsprechender Entwurf eines Anschreibens sei von der Landtagsdirektorenkonferenz beschlossen worden, und das Schreiben sei von einigen Landtagen mit der Initiative, das Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union zu ändern, an die Ministerpräsidenten gesandt worden. Die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten hätten allesamt abschlägig geantwortet. Zur Begründung sei angeführt worden, dass im Bundesrat derzeit keine Mehrheit für eine Novellierung des Gesetzes bestehe. Die Verhandlungen mit der Bundesregierung über dieses Gesetz seien momentan festgefahren, da unterschiedliche Auffassungen zwischen Bund und Ländern über den Novellierungsbedarf bestünden. Aus diesem Grund wolle man vonseiten der Landesregierungen das nicht mit dieser zusätzlichen Initiative der Landtage befrachten aus Angst, die Verhandlungsposition der Länder gegenüber der Bundesregierung zu schwächen, wenn ein solches zusätzliches Anliegen in die Verhandlungen eingeführt werde. Zudem sei bei der Schaffung des Gesetzes aus Bundessicht seinerzeit die Begrenzung des Adressatenkreises eine Bedingung für die Zurverfügungstellung der Dokumente gewesen, die über EUDISYS verfügbar seien. Deswegen sei aus Sicht der Landesregierungen zweifelhaft, ob der Bund dieser Novellierung zustimmen würde oder - so die Befürchtung - dass der Bund seine derzeitige Informationspraxis ändern werde. Die Gleichstellung der Landtage mit den Landesregierungen - so sei ebenfalls angeführt worden - stehe bezüglich des Zugangs zur EUDISYS im Konflikt mit dem Institutionengefüge gemäß Artikel 23 Absatz 2 des Grundgesetzes. Dieser Aspekt werde sowohl durch die Landtagsdirektorenkonferenz als auch die Präsidentenkonferenz anders bewertet. Die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten hätten schließlich in ihren Schreiben angekündigt, das Ansinnen der Landtage im Rahmen der nächs-

ten Europaministerkonferenz zu thematisieren, um die bisherigen Bedenken gegebenenfalls zu zerstreuen oder das Anliegen bei künftigen Beratungen über eine Novellierung des Gesetzes im Blick zu behalten. Die Landtagsdirektorenkonferenz habe im November 2015 das Thema beraten und sich entschlossen, die Initiative aus Sicht der Landtagsdirektorinnen und Landtagsdirektoren nicht weiter zu verfolgen, da nicht erkennbar sei, was auf dieser Ebene noch getan werden könne.

Abg. Beer regt an, das weitere Verfahren im Rahmen eines Gesprächs der europapolitischen Sprecherinnen und Sprecher zu thematisieren.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Passkontrollen an der deutsch-dänischen Grenze

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/3678](#)

b) Offene Grenzen und Reisefreiheit in Europa statt Ausweiskontrollen und Verkehrschaos

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/3682](#) (neu)

c) Keine Ausweitung von Grenzkontrollen an den europäischen Binnengrenzen

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/3683](#)

Nur die Kontrolle der Außengrenzen Europas ermöglicht den Verzicht auf Grenzkontrollen an den europäischen Binnengrenzen

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/3692](#)

(überwiesen am 18. Dezember 2015 an den **Europaausschuss** und an den Innen- und Rechtsausschuss)

Zu den Grenzkontrollen an der deutsch-dänischen Grenze führt Ministerin Spoorendonk aus, dass diese bis zum 4. Februar 2016 wie bisher als stichprobenartige Kontrollen durchgeführt würden. Die Landesregierung sei rechtzeitig durch die dänische Regierung über die entsprechenden Maßnahmen informiert worden. Ihrer Kenntnis nach habe die EU verlautbaren lassen, dass sie keinen Grund sehe, die Grenzkontrollen nach dem 4. Februar 2016 weiterzuführen, weil sich die Situation nicht verschärft habe. Von dänischer Seite liege ihr die Information vor, dass man gleichwohl vorhabe, die Grenzkontrollen weiterzuführen. Die entsprechende Diskussion werde noch zu führen sein. Beim Treffen der Innen- und Justizminister seien der

Schengenraum und die Grenzfragen wichtige Themen. Das müsse auch zukünftig im Ausschuss erörtert werden.

Abg. Beer legt zu ihrem Antrag dar, dass man eine Bundesratsinitiative vorschlage, um das Ausländerrecht zu verändern. Da es auf Bundesebene eine Verschärfung zum Beispiel des Strafmaßes gebe, wolle sie das Anliegen ihrer Fraktion unterstreichen, die einseitige Kritik an Dänemark zurückzuweisen, da auch das deutsche Aufenthaltsgesetz in § 63 mögliche Verpflichtungen zur Kontrolle durch Verkehrsunternehmen beinhalte, die bisher jedoch nicht angewiesen worden seien. Wenn man das Vorgehen Dänemarks kritisiere, müsse man die eigenen gesetzlichen Grundlagen entsprechend ändern.

Abg. Pauls hebt hervor, dass in ihrem Antrag keine Kritik an Dänemark geäußert werde, sondern diese auf ganz Europa bezogen sei.

Abg. Wiegard legt dar, dass aus seiner Sicht die Ursache des Problems angegangen werden müsse, die ungenügende Kontrolle der Außengrenzen Europas. Im Änderungsantrag seiner Fraktion werde deshalb dafür plädiert, die Außengrenzen des Schengenraums hinreichend zu überwachen, um die Innengrenzen öffnen zu können. Man müsse sich mit den neuen von der EU-Kommission vorgelegten Vorschlägen dahin gehend befassen, denn die Lösung der bestehenden Probleme an den Außengrenzen würde die Maßnahmen der einzelnen Staaten an ihren EU-Binnengrenzen überflüssig machen.

Abg. Pauls hebt hervor, dass ihre Fraktion eine Formulierung, die beinhalte, Frontex zu einer Grenzschutzpolizei auszubauen, nicht mittragen könne.

Abg. Dr. Klug unterstreicht den aus seiner Sicht bestehenden Zusammenhang zwischen der Kontrolle der Außengrenzen des Schengenraums und der Kontrolle der Binnengrenzen. Dieser Hintergrund dürfe nicht ausgeblendet werden. Ausgangspunkt der Diskussionen bis jetzt sei, sich zu überlegen, welche Probleme die Grenzkontrollen in der deutsch-dänischen Grenzregion konkret zur Folge hätten und wie man dies im Hinblick auf die Auswirkungen in der Zusammenarbeit der Grenzregion abmildern könne. Er verweist in diesem Zusammenhang auf seine Landtagsrede und zeigt sich skeptisch hinsichtlich einer Umsetzung einer von der CDU vorgeschlagenen Grenzpolizei aufgrund der erfahrungsgemäß langen Umsetzungszeiten derartiger Vorschläge.

Abg. Voß plädiert dafür, über den Antrag abzustimmen, um Verfahren weiter voranzukommen.

Abg. Damerow unterstreicht ihrerseits ebenfalls die Bedeutung des Schengenraums bei gleichzeitiger Sicherung der Außengrenzen. Sie bringt ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass es in dieser Frage schnell zu Lösungen auf europäischer Ebene kommen werde. Dem Antrag der Koalition könne man, weil der Aspekt des Schutzes der Außengrenzen fehle, nicht zustimmen. Sie spricht sich abschließend dagegen aus, zu einer Beschlussfassung zu kommen, ohne das Votum des mitberatenden Innen- und Rechtsausschusses abzuwarten.

Abg. Pauls hebt hervor, dass sich seit der Stellung der Anträge einiges geändert habe, der Fokus auf Dänemark sei durch bereits erfolgte Änderungen der Regelungen in dem Maße nicht mehr gerechtfertigt.

Abg. Andresen legt dar, dass es in der Tat eine Lösung an den Außengrenzen der Europäischen Union geben müsse, die aber solidarisch und im Sinne der Asylpolitik gestaltet sein müsse. Er regt an, gegebenenfalls den Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Ole Schröder, in den Ausschuss einzuladen, um mit ihm Aspekte der Flüchtlingspolitik zu diskutieren.

Den Antrag der Fraktion der FDP betreffend Passkontrollen an der deutsch-dänischen Grenze, [Drucksache 18/3678](#), empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimme der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und PIRATEN zur Ablehnung.

Den Antrag der Fraktion der PIRATEN betreffend Offene Grenzen und Reisefreiheit in Europa statt Ausweiskontrollen und Verkehrschaos, [Drucksache 18/3682](#) (neu), empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimme der Fraktion der PIRATEN bei Enthaltung der Fraktion der FDP ebenfalls zur Ablehnung.

Vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Innen- und Rechtsausschusses empfiehlt er sodann dem Landtag den Änderungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Nur die Kontrolle der Außengrenzen Europas ermöglicht den Verzicht auf Grenzkontrollen an den europäischen Binnengrenzen, [Drucksache 18/3692](#), mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktion der FDP zur Ablehnung.

Abschließend empfiehlt er dem Landtag den Ursprungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW betreffend Keine Ausweitung von Grenzkontrollen an den europäischen Binnengrenzen, [Drucksache 18/3683](#), ebenfalls

vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Innen- und Rechtsausschusses mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktionen von PIRATEN und FDP zur Annahme.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Grenzübergreifende kulturelle Teilhabe: Minderheiten schützen, Geoblocking im öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/2948](#)

(überwiesen am 20. Mai 2015 an den **Europaausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 18/4667](#), [18/4750](#), [18/4759](#)

Änderungsantrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/5074](#)

Abg. König begründet kurz den Antrag seiner Fraktion.

Abg. Pauls weist darauf hin, dass das Thema jetzt auch auf europäischer Ebene behandelt werde. Aus diesem Grund sei sie der Ansicht, dass man ihrem Änderungsantrag zustimmen könne.

Abg. Andresen hebt hervor, dass man sich vonseiten seiner Fraktion mit den PIRATEN einig darüber sei, dass Geoblocking ein Problem darstelle. Dies zeige sich besonders im Grenzland und habe für die Minderheiten eine besondere Bedeutung, wenn man Zugriff auf Medienangebote von der anderen Seite der Grenze nehmen wolle. Einigkeit bestehe zwischen den Fraktionen darüber, dass auf bundes- und europäischer Ebene gehandelt werden solle. Er weist darauf hin, dass der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen berücksichtige, dass es unterschiedliche Auffassungen in der Koalition bezüglich des digitalen Binnenmarktes gebe. Beim Thema Geoblocking - dort bestehe Einigkeit - seien die derzeitigen Regelungen unsinnig und müssten geändert werden.

Abg. König legt dar, dass der Änderungsantrag aus seiner Sicht eine Abschwächung seines Antrags beziehungsweise des vorgelegten Kompromisses sei, und dass sein Antrag auch für die Minderheiten deutlich besser gewesen wäre.

Einstimmig nimmt der Europaausschuss den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, [Umdruck 18/5074](#), an. Den so geänderten Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/2948](#), empfiehlt er dem Landtag einstimmig zur Annahme.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Bericht über die Schleswig-Holstein-Büros und Hanse-Offices
im Ostseeraum: Bisherige Tätigkeit (2013 - 2015) und weitere
Planung (bis 2018)**

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 18/3684](#)

Von Abg. Voß auf die Entwicklung der Zusammenarbeit im Ostseeraum und den jeweiligen Partnerländern mit den verschiedenen Hanse-Offices angesprochen, legt Ministerin Spoorendonk dar, dass die IHK Schleswig-Holstein berichtet habe, gute Erfahrungen mit der Präsenz der Hanse-Büros zu machen. Es sei nun an der Zeit, Gespräche über eine verbindliche Einbindung der Repräsentanzen in die Ostseekooperation zu führen. Auf das Kaliningrader Hanse-Office eingehend, hebt sie dessen Bedeutung auch vor dem Hintergrund des neuen INTERREG-Programms hervor. Mit dem Nachbarschaftsprogramm gebe es nun auch für Russland die Möglichkeit, sich an INTERREG-Projekten zu beteiligen. Zum Hanse-Office in Danzig legt sie dar, dass dieses von Schleswig-Holstein geleitet und von Hamburg mitgenutzt werde, umgekehrt verhalte es sich mit dem Hanse-Office in St. Petersburg, für beide Seiten eine sinnvolle Kooperation. Das Hanse-Office in Danzig sei vor allem für die Kooperationen der südlichen Ostsee wichtig. Kurz geht sie auf die Hanse-Offices in den baltischen Ländern ein, in denen das Hauptbüro in Tallin aufrechterhalten werden solle, mit Außenstellen in Vilnius und Riga. Sie weist auf eine im März stattfindende Konferenz zum INTERREG-Ostseeprogramm hin. Die Landesregierung gehe proaktiv auf die Partner zu, was bereits zu guten Ergebnissen geführt habe.

Auf Wunsch von Abg. Beer sagt Ministerin Spoorendonk zu, dem Ausschuss ihren Bericht schriftlich zur Verfügung zu stellen (siehe Anlage 1).

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, [Drucksache 18/3684](#), abschließend einstimmig zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2016

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/3721](#)

Abg. Damerow regt an, sich grundsätzlich über die Erstellung der Schwerpunkte aus dem Arbeitsprogramm zu verständigen. Die bisherige Vorgehensweise zur Identifikation der Schwerpunkte sei von ihrer Fraktion als unbefriedigend empfunden worden. Man sei irritiert darüber gewesen, dass zweimal hintereinander die Landesregierung nicht in der Lage gewesen sei, an dem Treffen zur Identifikation der Schwerpunkte teilzunehmen. Sie regt an, dass sich die europapolitischen Sprecher noch einmal zusammensetzen sollten, um zu überlegen, wie diese Abstimmung in Zukunft anders gestaltet werden könne.

Abg. Poersch problematisiert, dass der Termin zur Festlegung der Schwerpunkte Ende 2015 auch für ihre Fraktion nicht wahrnehmbar gewesen sei. Sie regt an, den Termin besser abzusprechen.

Abg. Beer plädiert dafür, eine inhaltliche Diskussion über das Arbeitsprogramm im Ausschuss in den Vordergrund zu stellen.

Abg. Wiegard legt dar, dass er das Verfahren insofern problematisch finde, als die Landesregierung angegeben habe, in der Konsultation selbst nicht sprechfähig zu sein, da noch kein Beschluss über die Schwerpunkte gefasst worden sei. Die Konsultation müsse aber aus seiner Sicht stattfinden, bevor ein entsprechender Beschluss gefasst werde. Diese Notwendigkeit zeige sich auch darin, dass die von der Landesregierung identifizierten Schwerpunkte und die von den Fraktionen identifizierten Schwerpunkte nicht annähernd deckungsgleich seien.

Abg. Waldinger-Thiering regt an, gegebenenfalls am Rande des Landtags im Kreis der europapolitischen Sprecher über Inhalte und Themen zu reden.

Ministerin Spoorendonk geht kurz auf die Terminfindung des Gesprächs ein und plädiert dafür, sich den Inhalten zuzuwenden.

Abg. Dr. Klug stellt die Frage in den Raum, ob die derzeit praktizierte Findung von Schwerpunkten insgesamt sinnvoll sei.

Abg. Voß spricht die Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung aus der 17. Wahlperiode an. Es gelte, diese mit Leben zu füllen. Ein Treffen der europapolitischen Sprecher halte er selbst auch für sinnvoll.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht aus dem Ausschuss der Regionen

Einladung zur 116. Plenartagung des Ausschusses der Regionen

[Umdruck 18/5473](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Bundesratsangelegenheiten

[Umdrucke 18/5323](#), [18/5365](#), [18/5366](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Prüfung der Wahrung der Subsidiarität

Hier: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2008/98/EG über Abfälle (KOM(2015) 595 endg.)

Antrag der Abg. Astrid Damerow (CDU)

hierzu: [Umdruck 18/5463](#), Frühwarndokument 18/202,
Frühwarndokument 18/205, [Umdruck 18/5470](#)

Der Vorsitzende weist auf die Sondersitzung des Europaausschusses während der letzten Landtagstagung hin.

Auf eine Frage des Abg. Wiegard im Hinblick auf neue Sachverhalte legt Herr Dr. Hinrichsen, stellvertretender Leiter des Referats Grundsatz und Rechtsangelegenheiten zu Energie, Klima- und Ressourcenschutz im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, dar, dass es inhaltlich auf Fachebene weiterbehandelt werde. Im Februar gebe es eine Bund-Länder-Besprechung. Er bietet dem Ausschuss an, ihm über Ergebnisse im Umweltausschuss des Bundesrates zu berichten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Prüfung der Wahrung der Subsidiarität

Hier: Paket der Europäischen Union zu den Außengrenzen

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2007/2004, der Verordnung (EG) Nr. 863/2007 und der Entscheidung 2005/267/EG des Rates; COM (2015) 671 final, Anhang, [Umdruck 18/5477](#)

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 562/2006 hinsichtlich eines verstärkten Abgleichs mit einschlägigen Datenbanken an den Außengrenzen; COM (2015) 670 final, [Umdruck 18/5480](#)

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1406/2002 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs; COM (2015) 667 final, [Umdruck 18/5478](#)

Proposal for a REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL on a European travel document for the return of illegally staying third-country nationals, COM (2015) 668 final, Annex, [Umdruck 18/5479](#)

Antrag der Abg. Jette Waldinger-Thiering

Herr Augustin, Leiter der Europaabteilung im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa, legt dar, dass es in den Vorlagen keine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips gebe, dies werde auch von den beteiligten Ministerien so gesehen.

Abg. Wiegard pflichtet bei, dass es allerhöchstens in den Staaten von Bedeutung sei, die EU-Außengrenzen hätten.

Abg. Waldinger-Thiering weist auf die grundlegende Bedeutung des Grenzschutzes und die Diskussion um damit zusammenhängende Fragen hin. Sie interessiert, ob der Aspekt der Soforteinsatzkräfte subsidiaritätsrelevant sein könne.

Herr Augustin legt dazu dar, dass aus dem Vorschlag hervorgehe, dass an dem Grundsatz, dass die mitgliedstaatlichen Behörden für den Schutz ihrer eigenen Grenze zuständig seien,

zunächst nicht gerüttelt werde. Das Interventionsrecht komme zum Tragen, wenn man zu der Erkenntnis gelangt sei, dass der einzelne Mitgliedstaat es nicht schaffe, die Außengrenzen zu schützen. Bei der Lösungsfindung werde der Mitgliedstaat selbstverständlich einbezogen.

Auf eine Nachfrage von Abg. Waldinger-Thiering legt er dar, dass eine Öffnung der Innengrenzen nur bei einem effektiven Schutz der Außengrenzen denkbar sei. Der zentrale Fokus liege derzeit auf der Grenze zwischen der Türkei und Griechenland, die durch die Nähe der beiden Staaten über die Ägäis schwer zu schützen sei. Zu erwarten sei, dass die derzeit zeitlich begrenzten Kontrollen innerhalb des Schengenraums in ihrer zeitlichen Begrenzung erweitert würden, und zwar auf zwei Jahre.

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Prüfung der Wahrung der Subsidiarität

[Umdruck 18/5464](#) (neu)

Abg. Beer weist darauf hin, dass Tschechien Subsidiaritätsrüge gegen die Wiedereinführung der 3-%-Klausel erhoben habe, was sie für einen interessanten Vorgang halte. Sie regt an, sich gegebenenfalls an anderer Stelle darüber noch einmal auszutauschen.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Lehnert spricht die von der Europaunion angeregten und regelmäßig durchgeführten Gespräche mit den Botschaftern an. Der Europaausschuss kommt überein, für diese Veranstaltungen jeweils 500 € im laufenden Jahr zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schließt die Sitzung um 11:20 Uhr.

gez. Peter Lehnert
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer